

ArcelorMittal: Strategische Industrieanlagen Europas müssen erhalten bleiben

Erklärung der europäischen Gewerkschaften von ArcelorMittal und Ilva

Brüssel, 3. Mai 2018

ArcelorMittal hat im Juni 2017 mit der italienischen Regierung eine verbindliche Vereinbarung zur Übernahme von Ilva abgeschlossen. ArcelorMittal beabsichtigt somit, das größte einzelne integrierte Stahlwerk Europas in Taranto, das mit einer Stahlproduktionskapazität von 10 Mio. t den europäischen Rekord hält, sowie Geschäftsbereiche wie z. B. Stahlprodukte mit hohem Mehrwert für den Automobilsektor zu erwerben, die seine bestehenden Aktivitäten in hohem Maße ergänzen. Die Übernahme erfordert zwar große Investitionen, um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit von Ilva wiederherzustellen und die Umweltverträglichkeit zu gewährleisten, würde aber dazu beitragen, die Stellung eines der großen Stahlakteure Europas weiter zu festigen.

Der große Plan kam jedoch zu einem plötzlichen Stillstand, als die Europäische Kommission ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit der Transaktion mit den EU-Wettbewerbsregeln äußerte. In Anbetracht der Tatsache, dass ArcelorMittal auf dem Flachstahlmarkt eine beherrschende Stellung einnehmen könnte, die zu einer verzerrten Preisregulierung insbesondere in Südeuropa führen würde, hat die Europäische Kommission ArcelorMittal aufgefordert, Abhilfemaßnahme vorzuschlagen. Am Freitag, 13. April schließlich legte ArcelorMittal seinen Vorschlag vor, sich von den Werken in Ostrava (Tschechien), Galați (Rumänien), Skopje (Mazedonien), Dudelange (Luxemburg), Piombino (Italien) sowie von Produktionslinien in Lüttich (Belgien) zu trennen. Nach Ablauf einer unglaublich kurzen Frist wird die Europäische Kommission ihren Beschluss dazu am 23. Mai bekannt geben. **Auf dem Spiel stehen mehr als 15 000 direkte Arbeitsplätze sowie Tausende indirekte Arbeitsplätze in jeder der sechs Standortgemeinden, die mit Sorge auf ihr jetzt ungewisses Schicksal blicken.**

Gewerkschaften, die die Arbeitnehmer von ArcelorMittal und Ilva in Belgien, Tschechien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Rumänien und Spanien vertreten, fordern sowohl die Institutionen der Europäischen Union als auch das Management von ArcelorMittal geschlossen auf, ihre Haltung zu überdenken. Sie sollten das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit von ArcelorMittal auf dem Weltmarkt unterstützen, stattdessen schwächen die **EU-Wettbewerbsregeln und die Reaktion ArcelorMittals darauf die Position des Unternehmens und stellen die Zukunft der zur Veräußerung bestimmten sowie der verbleibenden ArcelorMittal-Standorte infrage.**

Die europäische Stahlindustrie durchlebt bereits eine ihrer schwierigsten Zeiten - konfrontiert mit einem harten und unregulierten globalen Wettbewerb, unlauteren Handelspraktiken Chinas und anderer Drittstaaten, einem angekündigten erschwerten Handelsaustausch mit den USA, bestehenden Produktionsunterkapazitäten in Europa gegenüber einem mit Stahlüberkapazitäten überschwemmten Weltmarkt und der Notwendigkeit, rasch eine energieeffiziente Industrie zur Bekämpfung des Klimawandels aufzubauen. Vor diesem Hintergrund ist geplante Zerschlagung eines der führenden integrierten Produktionsnetze der europäischen Stahlindustrie immer noch unvorstellbar!

Die Entscheidungen der Europäischen Kommission und von ArcelorMittal haben eine Schockwelle in ganz Europa ausgelöst und waren für die Arbeitnehmer und Gewerkschaften, die von den monatelangen Gesprächen hinter verschlossenen Türen zwischen ArcelorMittal und der Europäischen Kommission ausgeschlossen waren, eine nicht hinnehmbare Überraschung. Die ernstesten Bedenken, die diese Entscheidungen aufwerfen, sind vielfältig und müssen gebührend berücksichtigt werden.

Erstens ist der Entscheidungsprozess selbst fehlerhaft: Über den Verkauf von Vermögenswerten und entsprechende Umstrukturierungen kann erst nach Abschluss der Übernahme von Ilva diskutiert werden. Das ist noch lange nicht der Fall. Solange ArcelorMittal die gegenüber der italienischen Regierung eingegangenen Verpflichtungen, insbesondere hinsichtlich der Zahl der Ilva-Beschäftigten, die gehalten werden, nicht erfüllt und nicht uneingeschränkt faire Beschäftigungs- und Lohnbedingungen für die zu transferierenden Beschäftigten von Ilva sicherstellt, wird die erforderliche Einigung mit den italienischen Gewerkschaften nicht zustande kommen.

Zweitens handelt es sich bei den von ArcelorMittal einseitig für die Veräußerung ausgewählten Standorten um solche, die seit Jahren unter Nichtauslastung, unzureichenden Investitionen und massiven Umstrukturierungsplänen zur Wiederherstellung der Rentabilität leiden. Es ist nicht nur inakzeptabel, dass die von den ArcelorMittal-Beschäftigten gebrachten Opfer nicht gewürdigt werden, es ist auch schlicht unglaublich, dass ihre Unsicherheit sogar noch vergrößert wird, da der Fortbestand dieser Standorte durch den Verkaufsprozess noch stärker infrage gestellt wird.

Drittens wurde die wechselseitige Abhängigkeit der ArcelorMittal-Produktionsstandorte vollkommen außer Acht gelassen. Die zum Verkauf bestimmten Standorte beliefern andere ArcelorMittal-Standorte in Europa, unmittelbare Auswirkungen auf deren Produktionskapazitäten sind daher vorhersehbar.

Viertens gefährdet die Veräußerung strategischer europäischer Industrieanlagen an außereuropäische Wettbewerber unmittelbar die Unabhängigkeit der europäischen Stahlerzeugung. Da es keine Garantien für die Verpflichtungen dieser ausländischen Investoren gibt, Produktionsaktivitäten an den Standorten langfristig aufrechtzuerhalten, wird eine solche externe Marktöffnung weiter dazu beitragen, unsere europäische industrielle Basis auszuhöhlen.

Fünftens und abschließend wurde den Arbeitnehmern und ihren Vertretern zu Unrecht die Ausübung ihrer Grundrechte auf Unterrichtung und Anhörung zu einer geplanten wichtigen Maßnahme verwehrt, die ihre Arbeitsplätze und Existenz massiv gefährden kann. ArcelorMittal versteckte sich hinter einer angeblich durch die Wettbewerbsvorschriften auferlegten Pflicht zur Vertraulichkeit (eine kürzlich von Kommissarin Vestager widerlegte Behauptung) und stellte keine ausreichenden Informationen zur Verfügung, um die eingehende Prüfung durch die Arbeitnehmervertreter, zu der sie berechtigt sind, durchzuführen. Während die Gespräche zwischen ArcelorMittal und der Europäischen Kommission Monate in Anspruch nahmen, haben die Arbeitnehmer und ihre Vertreter nun nur noch 15 Werkzeuge Zeit, um eine Stellungnahme abzugeben, die die Unternehmensleitung am 17. Mai erwartet.

Vor diesem Hintergrund und unter erheblichem und inakzeptablem Zeitdruck fordern Gewerkschaften aus ganz Europa sowohl ArcelorMittal als auch die Europäische Kommission dringend auf:

- **völlige Transparenz** in Bezug auf das gesamte im vorliegenden Fall angewandte Fusionskontrollverfahren herzustellen und die sofortige Offenlegung von Informationen über bestehende Markt-, Industrie-, Finanz-, Umwelt- und Sozialanalysen und -prognosen zu veranlassen;
- sich, unabhängig von den Ergebnissen der laufenden Verfahren, **zu langfristigem industriellen Wachstum, hochwertigen Arbeitsplätzen und tragfähigen Lösungen** für alle europäischen Standorte von ArcelorMittal und Ilva zu verpflichten;
- **Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter im vollem Umfang einzubeziehen**, bevor die Europäische Kommission oder ArcelorMittal über den eigentlichen Erwerb von Ilva, den vorgeschlagenen Veräußerungsplan und ggf. die mögliche Suche nach neuen Käufern entscheiden.

Die Gewerkschaften von ArcelorMittal und Ilva sind nach wie vor erstaunt über die absolute Inkohärenz der Maßnahmen der Europäischen Union und fordern die Europäische Kommission daher auf, unverzüglich folgende dringend notwendige Maßnahmen zu ergreifen:

- **eine Überarbeitung der anachronistischen EU-Wettbewerbsvorschriften**, um sicherzustellen, dass europäische Unternehmen, die auf globalen Märkten tätig sind, von gleichen Wettbewerbsbedingungen profitieren;
- **eine ehrgeizige Strategie für die Stahlindustrie** zur Unterstützung des Sektors, der nach wie vor das Rückgrat unserer europäischen Wirtschaft bildet;
- **Gleichbehandlung von Arbeitnehmerrechten und Verteidigung der strategischen Interessen der Industrie neben Wettbewerbserwägungen im Binnenmarkt.**

Die europäischen Gewerkschaften verpflichten sich, die Zukunft der Arbeitsplätze und Standorte von ArcelorMittal und Ilva in ganz Europa zu verteidigen. Sie werden weiterhin die nationalen und europäischen Entscheidungsträger sowie die Unternehmensleitung von ArcelorMittal auffordern, ihrer sozialen und industriellen Verantwortung gerecht zu werden.